

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Mitligstadt, Nr. 1078.

Inserate pro 3gespaltene Pettzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5388.

Inhalt: — Eingriffe in die Produktion der deutschen Textilindustrie. — Englands Blockadekrieg — eine falsche Rechnung. — Frauenarbeit und Kindererziehung (I). — Allgemeine Wochenchau. — Aus Handel und Industrie. — Berichte aus Fachreisen. — Verbandsanzeigen.

Eingriffe in die Produktion der deutschen Textilindustrie.

Was wir lange voraussahen, ist nun eingetreten: Die Regierung sieht sich gezwungen, regelnd in die Produktion der Textilindustrie einzugreifen, um den Fortgang der Erzeugung der textilen Gebrauchsgegenstände auf lange hinaus sicher zu stellen, die am meisten verlangt werden, und welche als Ersatz für Heereszwecke verwandt werden können. England hat den Handelskrieg gegen Deutschland verschärft, es sucht uns nicht nur die Lebensmittelfuhr, sondern auch die Rohstoffzufuhr abzuschneiden, in der Hoffnung, uns, wenn nicht mit den Waffen, so doch durch Unterbindung der Volkswirtschaft zu besiegen. England hat daher in den Monaten März bis Mai dieses Jahres nicht weniger wie 46 Dampfer mit Baumwolle beschlagnahmt, die für Deutschland bestimmt waren. Die Zufuhr von Baumwolle hat aufgehört, seitdem Italien in den Krieg eingetreten ist, und wenn auch ein großes Lager an Rohbaumwolle und Garn vorhanden ist, so muß doch weitblickend gehandelt werden, um auch diesen Plan Englands zu nichte zu machen. Denn wenn auch amerikanische Farmerkreise gegen Englands Maßnahmen protestieren, und wenn auch neutrale Staaten, deren Seeschiffahrt England unter Kontrolle nimmt, aufmucken wegen dieser Völkerrechtsverletzung, so ist es doch das Beste, sich in erster Linie auf sich selbst zu verlassen. Denn es ist kaum damit zu rechnen, daß der amerikanische Präsident Wilson etwas gegen die Willkürherrschaft Englands unternimmt wird. Seitdem der frühere Staatssekretär Bryan aus der amerikanischen Regierung ausgetreten ist, weiß man ja, daß, wenn es auf den Präsidenten Wilson ankäme, er lieber die Kriegsfahel gegen Deutschland schwingen würde, anstatt England zu hindern, das Völkerrecht mit Füßen zu treten. Na, und wenn Amerika, dieser große Staat, nichts unternimmt, die kleinen Staaten Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, die können sich nicht erfolgreich wehren.

Die Regierung hat sich also entschlossen, zunächst für die Baumwollindustrie Bestimmungen zu erlassen, die vom 1. August an die Produktion verschiedener, mehr dem Luxus dienender Baumwollwaren verbieten. Für Wollfabrikate steht eine ähnliche Regelung bevor; nur soll hier nicht die Infertigung verschiedener Waren verboten werden, sondern es ist in Aussicht genommen, ganz bestimmte bezeichnete Wollstoffe zur Fabrikation vorzuschreiben.

Für die Flach- und Hanfindustrie ist eine Begrenzung der Produktion ebenfalls als bevorstehend anzusehen. Hierbei wird man sich im wesentlichen an die Vorschriften, die bei Baumwolle erlassen worden sind, halten. Darüber hinaus werden noch einige Einschränkungen besonders hinsichtlich der Herstellung von Verpackungsmaterial vorgenommen werden müssen, damit wir auf alle Fälle mit den vorhandenen Beständen an Bastfasern auskommen. Zur Deckung des Privatbedarfes werden alsdann vorhandene Bestände herangezogen werden müssen. Von allen Einschränkungen bleiben die Heeresaufträge ausgenommen. Wer also Aufträge für die Heeresverwaltung angenommen hat, darf diese auch dann ausführen, wenn sonst die Herstellung verboten ist.

Ende Juli 1915 soll die Heeresverwaltung zwei neue Vorratmeldungen aus dem Gebiete der Textilindustrie anordnen wollen.

Die eine betrifft Rohbaumwolle, Baumwollabfälle, Watte, Baumwollgarne und Baumwollgewebe verschiedener Art, insbesondere die vorchriftsmäßigen Stoffe für Heeres- und Marinebedarf, dann aber auch die wichtigsten Arten sonstiger roher, gebleichter und farbiger Baumwollstoffe. Erfast wird ferner baumwollene, halbwoollene und wollene Männerunterkleidung.

Gegenstand der zweiten Bestandshebung sind Bastfaserohstoffe, sowie Bastfasererzeugnisse (Garne, Seilerwaren, Gewebe und leere Säcke). Unter Bastfasern werden Jute, Flachs, Ramie, Hanf und andere Seilerwaren verstanden.

Der Meldepflicht sollen die Bestände unterliegen, die am 2. August 1915 nachts 12 Uhr, vorhanden sind. Geringfügige Vorräte sind von der Meldepflicht frei.

Die zur Meldung erforderlichen Bordrude, aus denen auch der Wortlaut der Verordnungen ersichtlich ist, können vom 22. Juli an beim Wehstoffamt des Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerte Siede-

manstraße 11, angefordert werden. Die Anforderung hat auf einer Postkarte (nicht mit Brief) zu erfolgen, die nur die Ueberschrift: „Betrifft Meldeheine für Baumwolle“ (oder „für Bastfasern“), die Anzahl der gewünschten Scheine und die Unterschrift nebst Firmenstempel und Adresse enthalten darf. Für jeden der beiden Meldeheine (Baumwolle und Bastfasern) ist eine besondere Postkarte zu nehmen.

Was nun das Herstellungsverbot für gewisse Baumwollwaren betrifft, so lautet es folgendermaßen:

Vom 1. August 1915 an dürfen bis auf weiteres folgende, ausschließlich oder vorwiegend aus Baumwolle zu fertigende Web- und Wirkwaren, ohne Unterschied, ob glatt, gemustert oder buntgewebt, nicht mehr hergestellt werden:

1. Stoffe für Leib- und Bettwäsche: Sämtliche Gewebe, zu welchen — sei es in Kette, sei es in Schuß — Garne unter Nr. 16 engl. oder über Nr. 32 engl. zu verwenden sind, ohne Rücksicht auf die Fadenstellung; ferner sämtliche Gewebe, zu deren Herstellung mehr als fünf Schäfte gebraucht werden.

2. Stoffe für Haus- und Tischwäsche; Tischzeuge und Tischtücher, Servietten, Handtücher und Handtuchzeuge im Stück, Küchentücher, Scheuertücher, Staubtücher, Frottiertgewebe, Inletts, Daunenkörper, gerauhete Betttücher.

3. Kleider- und Futterstoffe: a) Sämtliche Gewebe, zu welchen — sei es in Kette, sei es in Schuß — Garne unter Nr. 16 oder über Nr. 32 engl. zu verwenden sind, ohne Rücksicht auf die Dichte der Fadenstellung; ferner sämtliche Gewebe, zu deren Herstellung mehr als fünf Schäfte gebraucht werden; b) Stickerstoffe, Filets, Tülle, Spitzen, Schleierstoffe, Franzen, Kleiderfrottes, Kleidervelvets, -plüsch und -samte.

4. Stoffe für Inneneinrichtung: Matrazendrille, Bettvorlagen, Wandbespannungsstoffe, Tapezierstoffe, Möbeldrille, Räucherstoffe, Möbelplüsch, Tisch- und sonstige Decken, Vorhangstoffe, Feldstoffe, Vorhangkrettonnes, Madrasvorhänge, Gardinen aller Art.

5. Stoffe für technische Artikel: Säcke, Treibriemen, Seile, Bindfaden, Walzentücher, Sehtücher, Käsetücher.

6. Bänder, Ripen, Riemen, Gurte, Besatzartikel und Posamente.

7. Wirkwaren jeder Art. Die Herstellung der unter das vorstehende Verbot fallenden Waren ist nach wie vor erlaubt, wenn hierzu ausschließlich Garne von Nr. 60 engl. einfach aufwärts Verwendung finden. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Web- und Wirkwaren irgendwelcher Art, welche 1. in der Zeit bis zum 1. August 1915 zur Erfüllung von unmittelbaren oder mittelbaren Aufträgen der Heeres- oder der Marineverwaltung in Arbeit genommen waren, 2. ab 1. August 1915 durch den Kriegsausschuß der Baumwollindustrie, dessen Gründung in Aussicht genommen ist, zur Vergebung gelangen, 3. aus Rohstoffen oder Halberzeugnissen gefertigt werden, welche nachweislich erst nach dem 15. Juni 1915 vom Ausland nach Deutschland eingeführt worden sind. Wer das Herstellungsverbot übertritt oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Man sieht, es handelt sich bei dem Herstellungsverbot nur um Produkte der garnverarbeitenden Branchen. Drei Branchen: Stickerei und verwandte Zweige, Wirkerei und Posamentenherstellung, Branchen, die, mit Ausnahme der Militäreffektenabteilung, schon bisher stark unter der Ungunst des Krieges zu leiden hatten, werden auch hier ganz besonders schwer betroffen. Von Wirkwaren ist die Herstellung jeder Art verboten. Das muß, da für diese Branche — es handelt sich hier insbesondere um die Strumpfwirkerei und Handschuhfabrikation des Erzgebirges — Garne von Nr. 60 engl. aufwärts einfach wohl nicht in Frage kommen, jene Industrie schwer benachteiligen. Die Webereien, denen die Herstellung bisher produzierter Waren verboten wird, können sich durch Uebernahme von Heeresaufträgen Ersatz verschaffen, oder sie können, wenn sie sich keine Garne bekommen können, wie sie zur Verarbeitung erlaubt sind, keine Webwaren produzieren, aber für die Wirkerei winkt solcher Ersatz nicht. Die ehemals blühende Industrie des Erzgebirges schwebt also in großer Gefahr. Unter Führung des Oherbürgermeisters von Chemnitz, Herrn Dr. Sturm, war daher bereits eine Abordnung der hier in Betracht kommenden Industrie bei dem sächsischen Minister des Innern, Graf Witzthum von Eckstädt. Die Abordnung ersuchte die Regierung alle Schritte zu unternehmen,

welche dazu beitragen können, die schweren Schädigungen von der sächsischen Baumwollindustrie abzuwenden oder doch wenigstens zu mildern. Der Minister des Innern erklärte, daß die Regierung sich bereits mit dieser Angelegenheit befaßt, und daß sie alles tun werde, um eine Milderung herbeizuführen. Besonders im Chemnitzer Industriebezirk kommen nicht weniger als 30 000 Arbeiter, welche in den Textilfabriken beschäftigt sind, in Frage. Auch von Mitgliedern der außerordentlichen Deputation II der sächsischen Kammer ist die Regierung um eine Erklärung in dieser Angelegenheit gebeten worden. Die Antwort, die die Regierung darauf gab, geht dahin, daß man mit größter Beschleunigung und tunlichstem Nachdruck beim Reichsamt des Innern vorstellig werden wolle, um wenigstens eine Milderung der Verordnung herbeizuführen. Es steht demnach zu hoffen, daß die drohende Stilllegung der Baumwollindustrie, die etwa in zwei Monaten eintreten müßte, wenigstens teilweise, wenn auch nur vorübergehend, abgewendet werden kann.

Auch die Posamentenbranche des Erzgebirges rührt sich. Wie wir der „Verbandszeitschrift der Deutschen Posamentenindustrie“ entnehmen, hat der Vorstand des „Verbandes Deutscher Posamentier-Innungen und aller selbständigen Posamentenfabrikanten Deutschlands“ sofort verschiedene Schritte unternommen, um vom Posamentiergewerbe den schweren Schlag abzuwenden. Das Vorstandsmitglied, Herr Fabrikant Reßler-Berlin, hatte eine Unterredung mit dem Syndikus Herrn Dr. Büttner, dem Vorsitzenden des Kriegsausschusses der Baumwollindustrie. Von ihm erfuhr er folgendes:

1. Der Zweck des Herstellungsverbotes ist, die Verarbeitung von baumwollenem Garn für Luxuszuwecke zu verhindern und (um andererseits nicht die Stilllegung der Webereien herbeizuführen) doch die Herstellung solcher Waren zuzulassen, welche ev. als Ersatzstoffe für den Heeresbedarf gebraucht werden können.

2. Zu den erlassenen Bestimmungen werden Ausführungsbestimmungen erlassen werden (siehe unten), in denen Erleichterungen für die Uebergangszeit, bzw. generelle Ausnahmebestimmungen gegeben werden.

3. Als generelle Ausnahme wird besonders zugestanden werden die Verarbeitung der am Lager vorrätigen und für Monat Juli bona fide disponierten Garne, ev. auch der geringfügige Verkauf von neuem Material, welches zur Verarbeitung des alten Materials notwendig ist.

4. Hinsichtlich des Posamentiergewerbes hat Herr Reßler darauf hingewiesen, daß einerseits eine große Anzahl kleiner Posamentierwerkstätten besteht, die durch dies Verbot vollständig ihrer Existenz beraubt werden, und daß andererseits der Materialverbrauch in den Posamenten gegenüber dem Arbeitslohn ein äußerst geringer ist, so daß der wirtschaftliche Schaden, der durch dieses Verbot entstehen würde, in keinem Verhältnis stünde zu dem Zwecke des Herstellungsverbotes. Dr. Büttner erwiderte hierauf, daß er die Berechtigung des Einwandes einsehe, daß er aber nicht glaube, daß für Posamentiere eine generelle Ausnahme gestattet werden würde, daß aber jedenfalls den einzelnen Betrieben auf Grund einer besonderen Eingabe Ausnahmen gestattet werden würden.

Der Verband selbständiger Posamentierer Deutschlands“ hat an die Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums sofort eine Eingabe gerichtet und sagt darin:

„Die Baumwolle, welche von dem Posamentiergewerbe in Posamenten, Borten und Bänder verarbeitet wird, ist hinsichtlich der Quantitäten so klein, daß diese, im Vergleich zu den daraus erzielten Preisen, in keinem Verhältnis stehen. Baumwolle wird in der Posamentenfabrikation in Verbindung mit edleren Rohstoffen verarbeitet, die fertigen Artikel sind vorwiegend Kunstzeugnisse, wozu wiederum gelernter Arbeiter und Arbeiterinnen verwendet werden. Diese Arbeitskräfte würden sofort brotlos sein, wenn sich das Baumwoll-Verwendungsverbot auch auf das Posamentiergewerbe erstreckte. Die Betriebe in der Branche sind in der größten Zahl kleine, welche handwerksmäßig arbeiten. Die einzelnen Meister sind darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt durch ihr Gewerbe zu bestreiten, das ist aber unmöglich, wenn die Baumwolle, welche als Unterlegematerial, seltener in mercerisiertem Zustande gleichzeitig als Deckmaterial für Posamenten gebraucht werden muß, dem Posamentier vorenthalten wird.“

Nicht unerwähnt sei noch, daß nur gefärbte Baumwolle für den Posamentier in Betracht kommt, und daß jeder Posamentier viele Farben nur in kleineren Quantitäten am Lager halten muß, um den Wünschen seiner Kunden gerecht werden zu können.“

Der Verband bittet aus diesen Gründen um weitgehendste Berücksichtigung in der Versorgung mit Baumwolle, ersucht aber die ihm angeschlossenen Vereine und Innungen, auch noch Eingaben an die Handelskammern zu richten.

Inzwischen ist für die Uebergangszeit eine Milde rung des Verbots erfolgt.

Eine Verfügung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums vom 14. Juli 1915 lautet:

Gemäß § 3 der „Bekanntmachung, betreffend Herstellungsverbot für Baumwollstoffe“, bewilligt das Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, allgemein folgende Ausnahmen:

Den vom Herstellungsverbot betroffenen Betrieben wird gestattet, auch nach dem 1. August 1915

- 1. ohne Rücksicht auf die anzufertigende Ware aufzuarbeiten:
a) Garne, die nachweislich bereits bei Erlass des Herstellungsverbots durch die verfügende Behörde entweder im eigenen Betriebe vorhanden waren oder sich für ihn zu Veredelungszwecken (Wirnen, Färben, Bedrucken usw.) oder zur Verarbeitung im Lohn in anderen Betrieben befunden haben;
b) Garne, über die schon vor Erlass des Herstellungsverbots durch die verfügende Behörde Kauf- oder Lieferungsverträge bestanden hatten, soweit sie vom Verkäufer zwecks Ablieferung bereits vor dem 12. Juli 1915 zum Versand gebracht worden sind;
c) bei den mit Spinnerei verbundenen Betrieben ferner die Garne, die bereits vor dem 12. Juli 1915 zur Ablieferung an die eigene Weberei fertiggestellt worden sind.

2. Garne Nr. 60 englisch aufwärts auch gewirnt zu verarbeiten.

II.

- 1. Betriebe, die von der Ausnahmegewilligung unter I Ziffer 1 Gebrauch machen wollen, haben am 1. August 1915 Anzeige über Menge, Art und Nummer ihrer am genannten Tage noch vorhandenen, unter die Ausnahmegewilligung (Ziffer 1a, b, c) fallenden Vorräte zu erstatten.
2. Betriebe, die von der Ausnahmegewilligung unter I Ziffer 2 Gebrauch machen wollen, haben am Schlusse jeden Monats, erstmals Ende August 1915, Anzeige über die Menge von Zwirn aus Garn Nr. 60 englisch und aufwärts, die sie im abgelaufenen Monat verarbeitet oder zur Verarbeitung in Angriff genommen haben, zu erstatten.

Vordrucke zu den Anzeigen (II Ziffer 1 und 2) sind vom Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Webstoffmeldeamt, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 11, einzufordern.

Die ausgefüllten, mit eidesstattlicher Versicherung der Richtigkeit der Angaben versehenen Vordrucke sind an das Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Sektion W. II, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 9/10, einzusenden.

Die Nachprüfung der Richtigkeit der Anzeigen durch Einsichtnahme der Betriebe und ihrer Bücher, gegebenenfalls durch Vernehmung von Zeugen, wird vorbehalten.

In Chemnitz hat die Amtshauptmannschaft von unseren Verbandsvertretern verlangt, sie sollen die Manuskripte ihrer Reden einreichen, wenn sie in unseren Mitgliederversammlungen über die vorstehend behandelte Angelegenheit reden wollen. Wir müssen dieses Verlangen als ein völlig unangebrachtes bezeichnen. Die Versammlungen werden mit dem Verbot bedroht, wenn das Manuskript nicht eingereicht wird. Verlangt man die Manuskripte denn auch von den Rednern der Unternehmervereine? Doch wohl nicht. Dann müssen wir schon verlangen, daß man auch unsere Redner reden läßt, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Es muß unter den Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen große Erbitterung erzeugen, wenn man sie in dieser wichtigen Existenzfrage polizeilich bevormunden will. Soviel Einsicht kann uns die Polizei wahrlich zutrauen, daß wir wissen, was auf dem Spiele steht: auf dem Spiele steht für Deutschland und für die deutsche Arbeiterschaft, und daß es sinnlos wäre, zu den vorhandenen volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten noch politische zu häufen. Also weg mit der Mundsperr!

Im Reichsamt des Innern haben mehrere Konferenzen stattgefunden, die sich mit der vorstehenden Sache beschäftigten. Von unserer Organisation haben auch einige Zentralvorstandsmitglieder daran teilgenommen und im Interesse der Arbeiter gewirkt. Es finden demnächst Konferenzen statt, wo eingehend berichtet und Stellung genommen wird.

Englands Blockadefrieg — eine falsche Rechnung.

In England bricht sich allem Anschein nach immer mehr die Ansicht Bahn, daß Englands Regierung auf das falsche Pferd setzte, als es dazu schritt, den Weltkrieg durch einen Blockadefrieg gegen Deutschland zu verschärfen. Wohl ist noch nichts zu merken davon, daß die englischen Regierungskreise das Verfehrte ihrer Maßnahmen einsehen. Im Gegenteil. Die Regierung hat erst jetzt im Parlament erklärt, sie tue alles, um Deutschland an dem Bezug von Baumwolle zu hindern. Trotzdem sind Anzeichen dafür vorhanden, daß im englischen Volke das Erkenntnis wächst, mit dem Blockadefrieg kann Deutschland ebensowenig niedergezungen werden, wie mit dem Waffenkrieg. Mehr noch! Es liegen beachtenswerte Meinungen aus dem Kreise englischer Volkswirtschaftler vor, die den Nachweis erbringen, daß England an Wirkung seiner Blockadepolitik das Gegenteil von dem erleben werde, was es erwartet habe. Wie wir der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ entnehmen, befindet sich in dem angesehenen englischen Fachblatt „The Economist“ eine interessante Zuschrift, die die Redaktion mit einer nicht weniger interessanten Bemerkung begleitet. Die Zuschrift behandelt die englische Blockadepolitik und den Wert des von England ausgeübten

„wirtschaftlichen Druckes“ auf Deutschland. Sie lautet im wesentlichen folgendermaßen:

„Das offen eingeräumte Ziel unserer Blockadepolitik ist, einen wirtschaftlichen Druck auf Deutschland auszuüben, und wir alle sind die ganze Zeit hindurch voller Erwartung gewesen, um Anzeichen für die erhoffte Erschöpfung Deutschlands zu erblicken. Dabei vergesse wir in unserem Eifer, daß keine Geldbörsen ohne Boden ist — auch unsere eigene nicht — und daß wir bei Fortsetzung unserer extravaganten und verschwenderischen Methoden selber kopfüber in den Bankrott hineinstürzen. Ungeachtet der stolzen Aussprüche unserer Staatsmänner über unsere finanzielle Stärke, ihre Anspielungen auf die silbernen Kugeln usw. erschien es dem Schreiber dieser Zeilen immer als eine offene Frage, wer den „wirtschaftlichen Druck“ wohl zuerst zu fühlen haben werde — wir oder der Feind; ob, mit anderen Worten, unsere Blockadepolitik nicht gerade den Zweck, den wir damit im Auge haben, vereitelt. Wenn man seinen Nachbar finanziell zum Krüppel machen will, wird man ihn doch nicht zwingen, ökonomisch zu wirtschaften, während man sich selber in einen Kampf von Aufwand stürzt; das aber ist die praktische Wirkung unserer Politik gegen Deutschland. Wir haben dieses Land gezwungen, alle seine Denker zu mobilisieren, um Mittel und Wege zu finden, sich aufrechtzuerhalten und aus wenig viel zu machen. Wir haben dem Deutschen Reich geholfen, sein Geld im Hause zu behalten, anstatt es in die Fremde zu senden. Wir haben es von der Sorge befreit, darüber nachdenken zu müssen, wie Importe bezahlt werden sollen, indem wir es lehrten, ohne Importe fertig zu werden. Wir haben dem Deutschen Reich einen Vorwand verschafft, den Unterseebootkrieg auf Nichtkämpfer auszudehnen. Wir haben allerhand gereizte Kritik von seiten Neutralen gegen uns selber nachgerufen, an deren guter Meinung uns doch recht viel gelegen sein muß. Wirklich! Deutschland kann uns dankbar sein.

Die Vorstellung, daß Deutschland durch Hunger unterworfen werden oder daß es auch nur ernstlich an der Herstellung von Kriegsbedarf gehindert werden kann, ist, wie ich annehme, wohl so ziemlich aufgegeben. Das Land, von der übrigen Welt abgeschnitten, kann für seinen inneren finanziellen Bedarf bequem auf die Notpresse zurückgreifen. „Silberne Kugeln“ sind für Deutschland ein unnötiger Luxus, Bleierne dienen besser seinen Zwecken, und so lange man in Deutschland genug von dieser Sorte und genügend Kartoffelbrot für die Soldaten hat, können sie den Kampf bis ins Unendliche fortsetzen, soweit die wirtschaftliche Seite in Betracht kommt. Wie Deutschlands wirtschaftliche Lage nach dem Kriege aussehen wird, wenn die Schranken wieder entfernt werden, ist eine andere Frage, und kann hier nicht erörtert werden.

Der logische Schluß aus diesen Ueberlegungen ist der, daß wir besser daran täten, Deutschland zu erlauben, alles einzuführen, was es braucht — was zwar absurd klingt, aber nicht ist. Deutschland, das mit einer schnellen Entscheidung rechnete, würde unzweifelhaft sehr beträchtliche Güter zur Einfuhr erworben haben, wenn es dazu in der Lage gewesen wäre. Es hätte kein Kartoffelbrot gebadet und nicht das Rohmaterial für die Munition im Lande selbst zusammengesucht. Deutschland hätte bei ungehinderter Einfuhr auf weit luxuriösem Fuße gelebt, als es jetzt der Fall ist. Aber, wie wir selber es merken: Importe müssen bezahlt werden, und Exporte werden jetzt nicht hinreichend vorgenommen. Was sich daraus ergibt, nennt man wirtschaftlichen Druck.

Sier liegt ein fesselndes Problem; aber da gegenwärtig so viele Faktoren an dem Ausgang des Krieges mitwirken können, zögert man, eine bestimmte Entscheidung vorzuschlagen. Jedenfalls sieht es so aus, als ob unsere Blockadepolitik eher eine Quelle der Stärke als eine Schwächung des Feindes bewirkt.

Zu diesem Schreiben, das der Verfasser mit dem Pseudonym „Acceptor“ zeichnet, bemerkt der „Economist“, daß die Argumente des Einsehenders die Aufmerksamkeit der verantwortlichen englischen Stellen verdienen.

Wer den Gang der Volkswirtschaft in Deutschland während des nun abgelaufenen Kriegsjahres genauer verfolgt hat, wird dem englischen Artikelschreiber recht geben müssen. Gewiß, die englische Blockadepolitik kann uns vorübergehend Störungen in unserer Warenerzeugung zufügen; aber doch nicht Störungen von solcher Wirkung, die uns zu einem baldigen Unterliegen zwingen würden. Vorerst verursachen solche Störungen nur ein Hinüberleiten der Produktion in andere Geleise. Wir sehen es ja jetzt bei der deutschen Baumwollindustrie. Die englische Regierung sagt, sie tue alles, um Deutschland vom Bezug von Baumwolle fernzuhalten. England geht in diesem Tun so weit, daß es Schweden 600 000 — 700 000 Ballen Baumwolle zurückhält, weil es annimmt, ein Teil davon könnte nach Deutschland gehen. Wir sind also vom Bezug von Baumwolle durch Englands maritime Macht ausgeschlossen. Aber wenn England glaubt, das würde bewirken, daß Deutschland recht bald zu Kreuze kriechen muß, dann wird dieser Glaube sicher enttäuscht werden. In Deutschland ist noch viel Baumwolle, und wenn deren Verarbeitung so geregelt wird, daß von nun an nur unentbehrliche Gegenstände hergestellt werden, so wird England viel früher seine eigene wirtschaftliche Verblutung erleben, als daß es erlebt, Deutschland müsse unter den Wirkungen des Blockadefrieges kapitulieren. Und wie es bei der Baumwolle ist, so ist es bei anderen Rohstoffen, die vom Ausland bezogen werden müssen. Entweder greift man zu Ersatzstoffen, oder man schränkt sich eben ein. Der Weltkrieg, der England täglich 64 Millionen Mark kostet und nach englischen Berechnungen bald 80—100 Millionen Mark täglich kosten wird, muß auch die gefüllteste staatliche Geldbörse rapid der Leerung entgegenführen. Also, der „Economist“ hat nicht unrecht, wenn er sagt, England stürze sich mit seiner kostspieligen Kriegspolitik kopfüber in den Bankrott.

Gewiß, die deutschen Baumwoll- und sonstigen Textilarbeiter, die infolge der wirtschaftlichen Umgruppierung ihre bisherige Arbeit verlieren, geraten in eine bedrängte Lage. Aber da muß eben die Allgemeinheit eingreifen. Es muß diesen Arbeitskräften vorübergehend eine andere Verwendungsmöglichkeit gewährt werden, und wo eine solche nicht gewährt werden kann, ist die Lebensmöglichkeit der arbeitslosen Menschen durch Geldunterstützungen sicherzustellen. Die Hauptsache ist immer, daß wir genug Lebensmittel im eigenen Lande haben. Wodann können wir uns schon einrichten. Und an Lebensmitteln haben wir das, was nötig ist. Gewiß fehlt es an dem und jenem.

Manche Lebensmittel sind knapp. Aber im allgemeinen ist so viel zum Leben da, daß bei richtiger Organisation des Verbrauches niemand zu hungern braucht, ja nicht einmal irgend jemand zu hungern braucht, wenn nicht noch eignerüchtige Menschen ihr Unwesen treiben würden. Diesem Auswuchs der Selbstsucht muß daher energig gesteuert werden, damit in England in rapid wachsendem Maße die Erkenntnis wachse, daß es vergebliches Hoffen ist, Deutschland durch den Blockadefrieg zu unterjochen.

Aber auch noch eine andere Erkenntnis muß dieser Blockadefrieg fördern; fördern beim deutschen Volke, bei der deutschen Arbeiterklasse. Die Erkenntnis nämlich, daß es ein himmelfreudiges Unrecht, ein unhaltbarer Zustand ist, England seine Macht dahin mißbrauchen zu lassen, das deutsche und österreichisch-ungarische Volk, etwa 120 Millionen Menschen, in solche Notlagen zu versetzen. Wer hat England das Recht gegeben, allein bestimmen zu wollen, wer Waren auf dem Weltmeere verschifft und für wen Waren verschifft werden? Hoffentlich vollzieht sich an England, das von Blockadefrieg begann, das Sprichwort: „Wer das Schwert zieht, der kommt darin um!“

Frauenarbeit und Kindererziehung.

Eine soziale Studie.

I.

Man schreibt uns aus Grimnitzhau: Wie in einzelnen Industriezweigen die Beschäftigung von Arbeiterinnen vorherrschend ist, so bilden auch in der Grimnitzhauer Textilindustrie die weiblichen Arbeiter das Groß der Beschäftigten. Fast die Hälfte der in den Textilfabriken Grimnitzhau tätigen Arbeiterinnen sind Frauen. Viele von den letzteren haben Kinder daheim, die der Erziehung, Pflege und Wartung und vor allem der sie behütenden und beschützenden Mutterliebe dringend bedürfen. Und doch treibt das eiserne Maß die Arbeiterfrauen und -mütter unerbittlich in die Fabriken zu harter Arbeitsfron.

Die beiden Probleme, die uns die Frauenarbeit und die Kindererziehung unter diesen Umständen zu lösen aufgeben, gehören zu den schwierigsten, die noch ihrer Lösung harren. Beide Fragen stehen, trotzdem sie untrennbar zusammengehören, einander direkt diametral gegenüber. Sie berühren grundverschiedene Interessen und basieren doch auf gleichem wirtschaftlichen Boden. Leider finden die Interessen des wirtschaftlich stärkeren Teiles von vornherein die größere Berücksichtigung zum Schaden des wirtschaftlich schwächeren und schubbedürftigeren Teiles der menschlichen Gesellschaft. Gelingt es deshalb, die eine Frage zu lösen, so bedeutet das zugleich auch die Lösung der anderen. Nicht nur Wissenschaftler von Bedeutung und Ruf, sondern auch alle einsichtigen Sozialpolitiker, Sozialhygieniker und Sozialmediziner schenken den bedeutungsvollen Aufgaben die größte Beachtung. Gängt doch von ihrer glücklichen Regelung neben der Hebung des Volkswohles vor allem die Volksgeundheit und die Verhütung der Degenerierung weiter Volksschichten ab. Bisher war es jedoch nicht möglich, durch gelehrte Abhandlungen und wissenschaftlich begründete Thesen befehdend und klärend zu wirken. Nach wie vor gehen über das Wie der Lösung die Meinungen weit auseinander, denn „hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Einerseits möchte man den Unternehmern die billigen weiblichen Arbeitskräfte, andererseits aber auch zugleich den Kindern die Mütter erhalten. Das eine schließt jedoch das andere aus. Und so pendeln namentlich die gelehrten Arbeiterfreunde und Philanthropen fortgesetzt hin und her zwischen den Extremen, ohne die zweifellos brennenden Fragen ihrer Lösung auch nur um einen Schritt näher zu bringen. Diese Zweifelsentheorie hindert übrigens meistens jede klare Entscheidung und Beschlußfassung. Alles, was von bürgerlicher Seite nach der Richtung hin versucht wurde, waren Halbheiten und — oft nicht einmal das. Werden von den berufenen Vertretern der Arbeiter wirklich großzügige Vorschläge gemacht, dann stehen deren Durchführung starke Kräfte im Wege, die dafür sorgen, daß man immer und immer wieder — anstatt zu einer vernünftigen Lösung zu gelangen — in Halbheiten stecken bleibt. Obendrein wart man dann noch mit Unkenrufen vor etwaigen „unerwünschten Folgen“, die sich bei Durchführung einer verständigen Sozialpolitik bemerkbar machen könnten. Die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer erweisen sich denn auch stets als des stärkeren Schutzes wert. Mag im arbeitenden Volke an ethischen, sittlichen und moralischen Werten auch noch so viel verloren gehen, die Hauptsache ist und bleibt: die Kasse, die Kasse — will jagen: der Profit ist gerettet!

Der Versuche, die kritischen Probleme für beide Teile (Unternehmer wie Arbeiter) möglichst schmerzlos zu lösen, gibt es mancherlei. Von vielen ist die schwierige Frage aus diesem Grunde auf die Formel gebracht worden: die Frau gehört ins Haus! Dieser einfache Satz ist das A und das O aller Philisterweisheit, mit der sie die Nachteile und Schäden der Frauenarbeit mit einem Schläge zu beseitigen gedenken. Sie glauben, daß im Lande des kategorischen Imperativs ein Machtwort genügt, das gesteckte Ziel im Handumdrehen zu erreichen. Nach oberflächlicher Beurteilung der noch ungelösten sozialen Aufgaben kommen wieder andere Bierbankpolitiker zu dem Schluß: die Frauenarbeit ist doch eigentlich eine freiwillige; von keiner Seite wird irgendein Druck ausgeübt, um die verheirateten Frauen zur Arbeit in der Fabrik zu zwingen. Somit haben die Frauen nur nötig, etwaige Fabrikarbeit abzulehnen und zu Hause zu bleiben zu dem Zweck, sich ganz ihrer Familie zu widmen. Diese Neummaleisen übersehen dabei jedoch völlig, daß es für die Arbeiterfrauen eines sichtbaren äußeren Zwanges gar nicht bedarf, sich nach Beschäftigung umzusehen, daß vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse einen unwillkürlichen Zwang ausüben, dem sie unterliegen müssen. Der Mann verdient in der Regel zu wenig (die Einkommenssteuerstatistik jedes Landes beweist das klar und deutlich), um die Bedürfnisse seiner Familie befriedigen und sicherstellen zu können. Aus kluger Berechnung zahlen die Unternehmer dem männlichen Arbeiter einen viel zu niedrigen Lohn. Mit dem geringen Verdienst des Mannes (der ja eigentlich der Ernährer der Familie sein soll) lassen sich die Kosten selbst des einfachsten Arbeiterhaushalts nicht bestreiten. Infolge der fortgesetzt anziehenden Preise nützlicher Lebens- und Genußmittel sowie aller notwendigen Bedarfsartikel und der beständig steigenden Wohnungsmieten kann der Mann allein seine wirtschaftliche Existenz nicht aufrechterhalten. Auch die

direkten Steuern drücken von Jahr zu Jahr schwerer auf die Schultern der Arbeiter. Und so bleibt der Frau, soll der mühsam begründete Haushalt Bestand haben, nichts weiter übrig, als ihrerseits zu arbeiten, um durch ihren Verdienst das Gesamteinkommen zu erhöhen und dadurch zugleich die Basis für die Sicherheit des mühsam geschaffenen Hausstandes zu erhalten.

Die Freiheit eigener Entschliessung ändert nichts an der Tatsache, daß hinter dieser scheinbaren Freiheit der Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse steht, der die freie Entscheidung im Sinne bestimmter Interessentenfreise beeinflusst.

Welchen Einfluß die Frauenarbeit auf die Kindererziehung ausübt, suchten wir durch Aufnahme einer Statistik in unserem Industriegebiet zu ermitteln. Vor einigen Jahren hatten wir den Umfang der Frauenarbeit in der Grimmitzschauer Textilindustrie festgestellt. (Siehe Jahrgang 1913 Nr. 51 und 52 des „Textilarbeiter“.)

Zimmerhin bietet das Ergebnis der Statistik genügend Material, um die Nachteile der Frauenarbeit und ihre schädigenden Einwirkungen auf die Kindererziehung klar und deutlich zu erfassen. Die Tabelle 1 enthält das vollständige Resultat der Aufnahme.

Von den 1198 Frauen, die in harter Fabrikarbeit ihrem Broterwerb nachgehen, sind 998 verheiratet, 166 verwitwet und 34 geschieden. Die erwerbstätigen Arbeiterfrauen befinden sich im Alter von unter 20 bis über 60 Jahren.

Gesamtübersicht: Beruf, Anzahl und Alter der beschäftigten Frauen. Anzahl und Alter der Kinder unter 14 Jahren sowie der in Aufsicht und Pflege befindlichen und der erwerbstätigen Kinder.

Table with multiple columns: Art der Beschäftigung, Anzahl der beschäftigten Frauen, Beruf, Alter der Frauen, Gesamtzahl der Kinder, Alter der Kinder, Bemerkungen. Includes rows for various professions like Sortiererinnen, Wollwäckerinnen, etc.

1) Zwei Frauen sind unter 20 Jahre alt. 2) Die Kinder, deren Beaufsichtigung oder Pflege nichts kostet, befinden sich in der Regel bei den Großeltern. In vielen Fällen ist auch der Großvater oder die Großmutter bei den verheirateten Kindern und wird von diesen erhalten, dafür besorgen sie dann die Wirtschaft.

Plage nur wenige unter ihnen. 528 arbeitende Frauen haben keine, 670 dagegen 1213 Kinder unter vierzehn Jahren zu versorgen.

Von den Kindern, deren Mütter arbeiten, stehen 50 im Alter bis zu einem Jahre und 40 bis zu vierzehn Jahren. Die Anzahl der vorhandenen Kinder im Alter von zwei bis zu dreizehn Jahren ist für jede Altersklasse erheblich größer, die einzelnen Jahrgänge selbst sind jedoch mit Bezug auf die ermittelte Zahl nur verhältnismäßig geringen Schwankungen unterworfen.

Allgemeine Wochenschau.

Eine Kartoffelschlacht.

In Königs hütte in Oberschlesien sind die Lebensmittelmittelwucherer einmal an die verkehrte Adresse geraten. Es wird von dort berichtet:

Wie weit die Erbitterung unserer Hausfrauen gegen die Teuerung und unberechtigte Preissteigerung schon gediehen ist, kam Mittwoch auf unserem Wochenmarkte drastisch zum Ausdruck.

Bestrafte Bäckermeister in Sachsen.

Zur Warnung wird von amtlicher Stelle folgender Bericht der Öffentlichkeit übergeben: Der Bäckermeister Hermann Bauer in Treuen ist vom Schöffengericht zu Treuen mit einer Geldstrafe belegt worden, weil er unzulässigerweise Roggenbrote im Gewicht zu 8 Pfund gebacken hat.

Der Kriegsküchenzettel einer Seidenarbeiterin. Ein evangelischer Geistlicher in Baden schrieb der „Frankfurter Zeitung“ über die Kriegsernährung einer badischen Seidenarbeiterin das Folgende:

Wie jetzt in diesen Kreisen gelebt und entbehrt wird, davon haben die, die nicht hineinsehen, keine Ahnung. Deswegen füge ich einen Küchenzettel bei, wie mir ihn eine Arbeiterfrau — der Mann steht als Landwehrmann bei O p e r n, der älteste Sohn als Kriegsfreiwilliger bei D o r e t t o — für ihre Familie mit acht Kindern aufgeschrieben hat:

Table with columns: Mittag, Abends, and rows for days of the week (Montag, Dienstag, etc.) listing food items like Brot mit Guzi, Mehlsuppe, etc.

In diesem Haushalt fehlt das Fleisch völlig. Es ist uner-schwinglich. Natürlich auch die Butter. Als Surrogat sah ich die Kinder die auf der gekochten Milch sich bildende Haut auf's Brot streichen.

Soweit der Pfarrer. In Tausenden und aber Tausenden von Familien sieht es mit der Kriegsernährung ebenso trostlos oder noch trostloser aus. Um so verwerflicher ist der Lebensmittelmucher!

Eine Triviolität.

Es lebe der Krieg! So lautet der Titel eines sechs kleine Textseiten starken Schriftchens, das an unsere Feldsoldaten gesandt und von diesen mit sehr berechtigter Enttäuschung abgelehnt wird.

Der Papst will Frieden.

Der Papst Benedikt XV. hat nun auch einen Aufruf zur Herbeiführung des Friedens erlassen. Es sind bittere Wahrheiten, die er in diesem Aufruf den Christen sagt, die den Krieg verschuldet haben und verlangen, daß er fortgesetzt

werde. In eindringlichster Weise wendet sich der Papst u. a. mit folgenden Worten an die kriegführenden Nationen und deren Oberhäupter:

„Seit aber an diesem traurigen Jahrestage des Ausbruches dieses furchtbaren Konflikts entringt sich unserem Herzen noch glühender der Wunsch, daß der Krieg bald zu Ende sein möge. Wir erheben unsere Stimme noch lauter, um den väterlichen Ruf nach Frieden hören zu lassen. Möge dieser Ruf den furchtbaren Lärm der Waffen überdönen, die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter erreichen und beide milderer und freundlicheren Absichten zugänglich machen. Im Namen des heiligen Gottes, im Namen unseres Vaters, und Herrn im Himmel, im Namen des gesegneten Blutes Jesu, des Preis der Erlösung der Menschheit beschwören wir die kriegführenden Völker bei der göttlichen Vorsehung, dem entscheidlichen Blutbad, das seit einem Jahre Europa entehrt, von nun an ein Ende zu machen. Es ist Bruderblut, das man zu Lande und zu Wasser vergießt. Die schönsten Gegenden Europas, dieses Gartens der Welt, sind mit Leichen und Ruinen überjät. Da, wo vor kurzem noch die Tätigkeit der Fabriken und fruchtbare Feldarbeit sich entfaltet haben, drohnen jetzt furchtbar die Kanonen und schonen in ihrer Zerstörungswut weder Körper noch Städte, und säen aller Orten Verheerung und Tod. Ihr, die Ihr vor Gott und vor Menschen die furchtbare Verantwortung für Frieden und den Krieg tragt, hört auf unsere Bitten, hört auf die väterliche Stimme des Stellvertreters des ewigen und höchsten Richters, Ihr, die Ihr über eure öffentlichen Unternehmungen, über eure private Tätigkeit werdet Rechenschaft geben müssen: die überquellenden Reichtümer, die der Schöpfer der Welt euren Vätern gegeben hat, ermöglichen Euch, den Krieg fortzusetzen.“

Allein um welchen Preis? So fragen die Tausende junger Menschenleben, die jeden Tag auf den Schlachtfeldern erlöchen. Um welchen Preis? So fragen die Ruinen so vieler Städte und Dörfer, so vieler der Pietät der Ahnen zu verdankenden Denkmäler. Die in der Stille des häuslichen Herdes, an den Stufen der Altäre vergossenen bitteren Tränen, machen nicht auch sie offenbar, daß der Preis der Verlängerung des Kampfes groß, allzu groß ist? Und man kann nicht sagen, daß der ungeheure Konflikt ohne Wassengewalt nicht beendet werden könne. Möge man von diesem gegenseitigen Willen der Zerstörung ablassen. Bedenke man, daß, wenn die Nationen vergehen, wenn sie zu sehr erniedrigt werden, sie das ihnen auferlegte Joch unter Knirschen tragen, und daß sie die Rache vorbereiten, indem sie von Geschlecht zu Geschlecht eine traurige Erbschaft von Haß und Rache überliefern. Deshalb soll man nicht von jetzt an mit ruhigem Gewissen die Rechte und gerechten Forderungen der Völker abwägen? Warum nicht freiwillig einen direkten oder indirekten Meinungsaustausch beginnen mit dem Zweck, nach Maßgabe des Möglichen diesen Rechten und Forderungen gerecht zu werden und auf diese Weise zu einem Ende dieses schrecklichen Kampfes zu kommen, wie das früher unter ähnlichen Umständen geschehen ist.

Gesegnet sei, wer zuerst den Delzweig erhebt und dem Feinde die Hand und vernünftige Friedensbedingungen bietet! Das Gleichgewicht der Welt, der Fortschritt, die Sicherheit, die Ruhe der Völker, sie ruhen weit mehr auf dem gegenseitigen Wohlwollen und auf der Achtung vor den Rechten und der Würde des anderen als auf der Zahl der Waffen und auf dem furchtbaren Festungsgürtel. Es ist ein Schrei nach Frieden, der sich unserer Seele in diesen traurigen Tagen entringt. Und wir laden die Friedensfreunde der Welt ein, uns die Hand zu reichen, um das Ende des Krieges zu beschleunigen, der seit einem Jahre Europa in ein weites Schlachtfeld verwandelte.“

Wird die Christen, die es angeht, nun ihr christliches Gewissen rühren? Jetzt müßte es sich zeigen, ob noch christliches Pflicht- und Verantwortungsgefühl in der Welt ist. Der Papst hat jetzt dieses christliche Pflicht- und Verantwortungsgefühl aufgerufen zur Tat, zur Herbeiführung des baldigen Friedens. Versagt dieser Ruf, kommt die Tat nicht zustande, dann ist es aus mit dem Christentum!

Aus Handel und Industrie.

Die Folgen des Krieges im italienischen Webstoffgewerbe beginnen sich unliebsam fühlbar zu machen. Sowohl im Wollengewerbe wie in der Baumwoll- und Seidenindustrie sind mehrere kleinere und mittlere Betriebe gezwungen worden, die Arbeit einzustellen; sehr zahlreich sind auch die Zahlungseinstellungen von Zwischenhändlern in Mittel- und Süditalien geworden.

Berichte aus Fachkreisen.

Blauen i. B. Die Quartalsversammlung unserer Filiale war, wie leider auch die vorhergehende Versammlung, schwach besucht. Nach der Bekanntgabe der seit der letzten Versammlung Geschehenen, deren Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte, erstattete der Kollege Scheit den Rapport über das 2. Quartal. Derselbe schließt mit einer Einnahme von 14535,47 Mk. und einer Ausgabe (Haupt- und Lokalkasse zusammen) von 7546,18 Mk. ab. Der Ortskassenbestand, der im vorigen Quartal noch 7090,71 Mk. betrug, hat sich auf 6409,42 Mk. verringert. An Arbeitslosenunterstützung wurden in diesem Quartal 2663,40 Mk. ausbezahlt, eine um 3908,20 Mk. geringere Summe als im 1. Quartal 1915. Der Rückgang in den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ist neben einer Besserung des Arbeitsmarktes auch auf den Umstand zurückzuführen, daß eine immer größere Zahl unserer Mitglieder angestruert wird. An Maßregelungsunterstützung wurden 123,75 Mk. ausgegeben. Eine treffliche Illustration des „Burgfriedens“. Aus der Mitgliederbewegung ging hervor, daß in diesem Vierteljahr 266 Kollegen zum Militär eingezogen wurden. Die Zahl der seit Kriegsbeginn eingezogenen Mitglieder unserer Filiale beträgt somit 1226; das sind rund 50 Proz. der männlichen Mitglieder, den Stand derselben vom 30. Juni 1914 annehmend. Von den Eingezogenen sind uns bis jetzt 49 Kollegen als gefallen gemeldet worden. — Die ungünstige Lage der Textilindustrie am Orte veranlaßt noch immer eine Anzahl von Arbeitern, von hier fortzuziehen. Die Zahl der Abgereisten, die mit 271 Mitgliedern im vorigen Quartal ihren Höpfunkt seit Ausbruch des Krieges erreichte, beträgt in diesem Quartal 82 Mitglieder. — Neben den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Antwort der Unternehmer

auf unsere Eingabe um die Gewährung einer Feuerzuzulage, berichtet Kollege Kohlmann. Danach sind die damals in den Versammlungen gutgeheißenen Eingaben an alle Unternehmer der Baumwollwebereien, Spitzenwebereien, Füll- und Gardinenwebereien sowie der Appreturanstalten abgehandelt worden. Die Arbeitererschaft rechnete mit Sicherheit auf die Erfüllung ihrer Forderung auf eine 20prozentige Feuerzuzulage oder wenigstens auf ein entsprechendes Entgegenkommen. Doch wie lautete die Antwort der Unternehmer? „Eine allgemeine Feuerzuzulage ist nicht durchführbar“, heißt es in dem uns vom „Verband von Arbeitgeber der Sächsischen Textilindustrie zu Chemnitz“ zugegangenen Schreiben. Dagegen werden die Unternehmer von Fall zu Fall besondere Kriegsbeihilfen gewähren, wenn die Verhältnisse der betr. Arbeiterfamilien dies erfordern. Leider wird in der Antwort der Unternehmer verschwiegen, aus welchen Gründen eine allgemeine Feuerzuzulage undurchführbar ist. Doch gerade dieses zu wissen, wäre sehr interessant. Gibt es doch gerade bei den in dieser Organisation vereinigten Unternehmern Unternehmungen, die sehr gut fundiert sind und die letzten Jahre sehr gut abgeschnitten haben und auch über gar wohlgespülte Meßerfonds verfügen. Oder sind diese Meßerfonds, wenn einmal schlechte Zeiten kommen, nicht für die Arbeiter, sondern für die Herren Aktionäre bestimmt? Mit diesen Kriegsbeihilfen, die man den einzelnen Familien von Fall zu Fall gewähren will, ist es auch so eine eigene Sache. Hunderte von Arbeitern gibt es, die lieber hungern, als sich mit einer Bitte um eine Unterstützung an die Unternehmer wenden, zumal sie doch immer im Zweifel sind, ob sie für würdig befunden werden oder nicht. Die ganze Sache ist die: man möchte gern etwas tun, doch soll es nichts kosten. Sehr leicht hat sich auch der Verband der Vogtländischen Appreturanstalten die Antwort auf unsere Eingabe gemacht. In längeren Ausführungen malte der Vorsitzende genannter Organisation, Herr Theodor Höppner, Appreturanstaltsbesitzer in Plauen, ein Bild über die schwierige Lage, in welcher sich die Appreturanstalten befinden, wie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überall ein Mangel an Aufträgen vorhanden sei und wie sich die Herren Arbeitgeber im Interesse der Arbeiter bemühen, Aufträge zu bekommen, um ihre Arbeiter beschäftigen zu können. Ja, die Sorge um das Wohl ihrer Arbeiter geht sogar so weit, wie in dem Schreiben dargelegt wird, daß sie viele Arbeiter ganze Wochen beschäftigen, obwohl deren Arbeit in 4 Tagen in der Woche erledigt sein könnte. Nachdem dann noch von finanziellen Opfern, die die Unternehmer jetzt im Interesse der Arbeiter bringen, gesprochen wird, heißt es, daß die Gewährung einer 20prozentigen Feuerzuzulage schließlich zu einer weiteren Einschränkung der Arbeitszeit führen und der dadurch entstehende Lohnausfall durch die Zulage nicht ausgeglichen würde. Mit solchen Gründen sucht man die berechtigten Forderungen der Arbeitererschaft abzutun. Wo sind die Unternehmer, die aus lauter Rücksicht auf ihre Arbeiter dieselben ganze Wochen beschäftigen, wenn die Arbeit in 4 Tagen erledigt sein kann? Wo die Unternehmer, die, bloß um die Arbeiter zu beschäftigen, finanzielle Opfer bringen? Am allerwenigsten in Plauen. Denn gerade die Appreturarbeiter in Plauen können ein Lied davon singen, wie sie jetzt, während der Zeit des Burgfriedens, ausgenutzt werden. Daß übrigens die Gewährung einer 20prozentigen Feuerzuzulage zu einer weiteren Einschränkung der Arbeitszeit führen soll, ist eine sonderbare Schlussfolgerung. Dies könnte doch nur geschehen, wenn die Unternehmer durch erhöhte Antreiberei diese 20 Proz. wieder herausfinden wollten. Ob dies aber bei der jetzt schon geforderten Arbeitsleistung noch möglich wäre, ist eine andere Frage. — Haben also die Unternehmer die Gewährung einer Feuerzuzulage abgelehnt, so sind, wie aus der nun folgenden Diskussion hervorging, doch dafür Anzeigen vorhanden, daß hier und da versucht wird, die Löhne der Arbeiter zu — fürzen. Eine Mahnung an die Plauener Textilarbeiter, auf der Hut zu sein. Nichts wäre für sie verhängnisvoller als Gleichgültigkeit. Auch ihnen wird, wie allen anderen Arbeiterkategorien, nur der Zusammenschluß in der Organisation bessere Verhältnisse bringen.

Sommerfeld. (Noch immer keine Kriegszulagen in Sommerfeld!) Nun sind seit der zweiten Einbringung des Antrags um Kriegszulagen von 20 Proz. schon wieder 14 Tage verfloßen, und noch immer ist kein Bescheid eingegangen. In dem ersten Antrage, welcher am 20. Mai zur Einbringung an die Fabrikanten gelangte, wurde vorgeschlagen, die Zulage sollte monatlich gewährt werden, und zwar 6 Mark für männliche Arbeiter über 18 Jahre, 4 Mk. für weibliche über 18 Jahre und 3 Mk. für die Arbeiter beider Geschlechter unter 18 Jahren, außerdem auf die Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag. Daraufhin wurde der Fünferkommission, welche nur noch pro forma besteht, mitgeteilt, daß am 29. Mai der Fabrikantenverein eine Sitzung abhalten würde, an der teilzunehmen der Fünferkommission freistehen sollte. Also der Fünferkommission, welche im Jahre 1906 vom Fabrikantenverein offiziell als Vertretung der bestehenden Organisationen der Textilarbeiter anerkannt wurde, wird gnädigst gestattet, sich an den Tisch der Fabrikanten zu setzen und zuzuhören, was die Fabrikanten den Arbeitern gnädigst als Kriegszulage zu gewähren gerufen würden. Dabei wurde der 1906 offiziell anerkannten Kommission der Organisationen noch zu hören gegeben, daß auf keinem Schreiben der Fünferkommission ein Stempel der Organisationen sich befinden dürfe, andernfalls die Fabrikanten der Fünferkommission überhaupt keine Antwort mehr geben würden und solche Schreiben einfach nicht beachtet in den Papierkorb wandern würden! In der weiteren Verhandlung wurde aber doch zugestanden, daß die Arbeiter jetzt, durch die hohen Lebensmittelpreise, in einer Notlage stecken. Dennoch erklärten sich nur zwei Fabrikanten bereit, eine Kriegszulage zu bewilligen, wobei aber die Affordarbeiter außer Frage kommen. An die Affordarbeiter werden aber auch nur Löhne von 7, 8, 9 Mk. und etwas darüber in der Woche ausgezahlt. Das sind gewiß keine Löhne, die den Ausschluß der Affordarbeiter von der Kriegszulage rechtfertigen. Wie schon bemerkt, hatten sich nur zwei Fabrikanten bereit erklärt, Kriegszulagen zu bewilligen. Der erste Vorsitzende des Fabrikantenvereins, in Firma Weise u. Neumann, welcher den Stundenarbeitern pro Stunde 1 Pf. mehr zahlt, was in der Woche ein Mehr von 60 Pf. ausmacht, und der zweite Vorsitzende, in Firma Fischer u. Co. Derselbe zahlt an die männlichen Stundenarbeiter über 18 Jahre 4 Mk., an die weiblichen 3 Mk. und an die Stundenarbeiter unter 18 Jahren beider Geschlechter sowie an die älteren, nicht mehr so leistungsfähigen Arbeiter 2 Mk. pro Monat. Was die Firma Bernhardt Hecht (3 Betriebe) zahlt, kann nicht ernst genommen werden. Diese Firma, welche dem Fabrikantenverein nicht mehr angehört, zahlt an die weiblichen Arbeiter überhaupt nichts. Nur die bessergestellten Stundenarbeiter haben 2 Pf. pro Stunde mehr erhalten. Da sich aber die anderen Fabrikanten gar nicht dazu bequemen, Kriegszulage zu bewilligen, so ist im Anschluß an einen allgemeinen Antrag der ganzen Niederlausitz, welcher eine Kriegszulage von 20 Proz. fordert, in Sommerfeld auch dieser Antrag, und zwar an alle Fabrikanten am Dienstag, den 13. Juli, zur Einbringung gelangt. Die Antwort muß noch abgewartet werden.

Sommerfeld. Der Burgfrieden schützt nicht vor Lohnherabsetzungen. Das haben die Knoterinnen bei der Firma Albert Levin hier erfahren. Statt 50 Pf., wie vor dem Kriege, bekommen sie nur noch 20 Pf. Hier handelt es sich um Dedden für das Heer. Auf eine andere Ware, keine Heereslieferung, ist der Lohn „nur“ um 5 Pf. gekürzt worden. Womit diese Lohnherabsetzungen begründet werden könnten, das entzieht sich unserer Kenntnis; zuviel haben die Knoterinnen nicht verdient (12—16 Mk.) und die Arbeit wird ja wohl jetzt noch ebenso gewissenhaft ausgeführt werden müssen wie vorher, so daß eine Erhöhung der Leistung und damit ein Verdienstaussgleich ausgeschlossen erscheint.

Biersen. (Die Textilarbeiter Biersens während des Krieges.) Bei Ausbruch des Krieges setzten eine Anzahl Textilfabrikanten ihre Betriebe still, die übrigen ließen zum Teil nur einige Stunden arbeiten, so daß die Arbeiter nichts zum Leben hatten. Die Stadt ließ dann später wohl Notstandsarbeiten verrichten, die Löhne, welche gezahlt wurden, waren aber so niedrig, daß die Arbeiter immer mehr in Not gerieten. Dieser Zustand hielt an, bis einige Firmen mit Militäraufträgen versehen wurden. Aber auch die Löhne, welche in Biersen für diese Arbeit gezahlt wurden, waren vollständig unzureichend. Eine große Anzahl Textilarbeiter ging auch nach M.-Glabbad, wo man mit Militäraufträgen überhäuft war, und haben dieselben dort leidlich verdient. Auf Veranlassung der Geschäftsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Biersen und Umgebung, wurde gemeinsam mit der christlichen Organisation eine Eingabe wegen einer Feuerzuzulage für die Arbeiter bei den Arbeitgebern eingereicht, mit der Begründung, daß es den Arbeitern bei den niedrigeren Löhnen und den durchschnittlich über 50 Proz. gesteigerten Preisen der notwendigen Lebensmittel, welche noch immer mehr steigen, nicht möglich sei, leben zu können. Die Arbeitgeber antworteten darauf, daß man durch Rundfragen in den Betrieben festgestellt habe, daß die Löhne der Arbeiter gegen die Friedenslöhne um 50 Proz. gestiegen, daß somit die Lohnsteigerung der Verteuerung der Lebenshaltung weit vorausgeeilt sei, und deshalb keine Veranlassung vorläge, in Biersen eine weitere Lohnerhöhung eintreten zu lassen. In einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung der Arbeiter wurde festgestellt, daß während des Krieges nicht nur keine Lohnerhöhungen eingetreten sind, sondern daß noch Lohnreduzierungen vorgenommen wurden und den Arbeitern Leberarbeit nicht bezahlt wurde. Auf eine weitere Eingabe erhielten wir die Antwort, daß es bei dem ersten Bescheid bliebe. Wenn man nun bedenkt, daß eine Anzahl dieser Herren im Rathaus mit über das Wohl und Wehe der Biersener Bürger bestimmt, dann wundert man sich nicht mehr, daß hier die Verhältnisse für die ärmere Bevölkerung so traurig sind; besonders traurig aber sind dieselben für die Frauen unserer Krieger. In Biersen erhält eine Kriegerfrau 60 Pf. pro Tag, davon soll sie die Miete und dazu noch die unerschwinglichen Lebensmittelpreise bezahlen. Die Stadtverwaltung hat nichts getan, um wenigstens diese Frauen mit billigeren Lebensmitteln zu versorgen. Unglaublich rücksichtslos hat man die Frauen behandelt. Kriegerfrauen von 4 und 7 Personen wurden für gelieferte Kartoffeln 10 und 12 Mk. an einem Unterstützungstag abgehalten, ja, es ist vorgekommen, daß Frauen nur noch 3 Mk. herausbekamen, so daß für die 14 Tage so gut wie nichts zum Leben blieb. In der Nachbarstadt M.-Glabbad erhalten die Frauen 90 Pf. pro Tag. Die Miete beträgt nur ein Drittel, die Frauen erhalten von der Stadt Süßfrüchte, Saferlappen, Reis, Gerste zu 35 Pf. das Pfund. In Biersen muß das Doppelte gezahlt werden. Nicht wissend, wie man den unerträglichen Verhältnissen in etwas steuern soll, haben die Frauen Listen zirkulieren lassen. Es haben sich 704 Frauen eingezeichnet, um eine Eingabe an die Regierung einzureichen. Die Frauen begaben sich hilfesuchend zum Textilarbeiterbureau, wo die Eingabe gemacht wurde. In der Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 26. Juli, lag der Bescheid von der Regierung vor. Da wurde nun auch von den Zentrumstädtverordneten ein Antrag eingebracht, daß besser für die Kriegerfrauen gesorgt werden müsse. Der Antrag wurde ohne Widerspruch an eine Kommission verwiesen. J. H.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 8. August, ist der

32. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 2. Eschwege. Kollege Schardt eingezogen. Sendungen an P. Wigel, Neustadt 9. Gau 3. Greifarth b. Krefeld. Alle Sendungen an Hugo Förster, Krefeld, Albrechtsplatz 1. St. Lönis. Alle Sendungen an Hugo Förster, Krefeld, Albrechtsplatz 1. Gau 8. Kleinreinsdorf bei Neumühle a. d. Elster. Kollege Ludwig eingezogen. K: Franz Kanis. Gau 10. Gartha. Kollege Niehle eingezogen. V und K: Oskar Schlorke, Weststr. 13.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Blumenau. Gustav Helwig, Färbereiarbeiter, 58 J., Schlaganfall. Chemnitz. Frieda Teucher, Stepperin, 27 J., Lungenerkrankheit. Grimmitzschau. Wilhelmine Müller, 68 J., Magenkrebs. Rottbus. Theresie Schattan, 53 J. Limbach i. Sa. E. Richard Köhn, Wirtereiarbeiter, Niederfrohna, 31 J., Tuberkulose. Lützenwalde. Frieda Dalichow, 26 J., Kretschmar, Lungenerkrankung. Plauen i. B. Richard Seeling, Tamburier, 40 J., Herzleiden. Pulsnit. Kurt Pieper, 33 J., Lungenerkrankung. Stuttgart. Luise Trommer, Weberin, 39 Jahre, Lungenerkrankung.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Apolda. Karl Haase, Stricker, 26 J., Friedrich Seifert, Raschelarbeiter, 28 J. Bärenstein. Johann Albel, 20 J. Berlin. Bernhard Weber, Posamentierer, 25 J., Paul Pehold, Färbereiarb., 21 J.

Buchholz u. Umg. Otto Wolf, Posamentenarbeiter, 22 J. Glandau. Paul Gruner, 22 J., Paul Arno Höhne, Gerisau, 20 J. Guben. Max Balzer, 30 J., Gustav Bernad, 32 J. Greiz u. Umg. Max Schröder, Anschneider, 21 J., Ernst Fröh, Appreturarbeiter, 23 J., Gustav Werner, Spinnereiarbeiter, 23 J. Hainichen. Albert Gehne, Weber, 25 J. Hof. Martin Bernhardt, Weber, 30 J., Peter Werniger, Weber, 21 J., Johann Willardt, Weber, 31 J., Karl Baumgärtner, Spinnereiarbeiter, 21 J. Kottbus. Max Kunath, Arbeiter, 28 J., Herm. Kroll, Weber, 26 J., Bruno Kramer, Weber, 26 J., Fritz Bauer, Arbeiter, 26 J., Paul Müller, Weber, 22 J., Paul Richter, Kettenmacher, 21 J. Langenbielau. Max Weber, Färbereiarbeiter, 30 J. Limbach i. Sa. Kurt Rudolf Hartig, Appreturarb., 28 J. Meerane. Kurt Dörr, 29 J., Oskar Mai, 23 J. Niederzöbnitz. Oskar Schönherr, Strumpfweber, 32 J. Oberlungwitz. Paul Emil Roth, Bleicher, 30 J., Otto Gustav Goldammer, Färber, 26 J., Emil Pehold, Wirtler, 36 J. Plauen i. B. Die in voriger Nummer unter Grimmitzschau aufgeführten Gefallenen wolle man unter Plauen registrieren, wo sie vermutlich ihren Wohnsitz hatten. Ernst Dietel, Spitzenweber, 31 J. (Strümling als gefallen gemeldet wurde feinerzeit Max Rosenberger, Eticker, 29 J.) Schmölln. Otto Herbschim, 24 J. Ulm. Karl Hof, Spinnereiarbeiter, 23 J. Werbau. Franz Frank, Hilfsarbeiter, 23 J. Wunsiedel. Adam Frisch, 33 J. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Duisburg. Sonnabend, 14. Aug.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 7. August.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit dem verheerenden Artikel Hermann Kräßig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Eämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.